

Anlagenkonvolut AB. Bewerberunterlagen

Vergabe der Stadt Jarmen: Freianlagenplanung für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen

bestehend aus:

- Anlage A 1. Leitfaden
- Anlage A 2. Eignungskriterien
- Anlage A 3. Zuschlagskriterien
- Anlage B 1. Leistungsbeschreibung
- Anlagen B 2. Vorliegende Unterlagen
 - Anlage B 2-1. Luftbild
- Anlagen B 3. Vertrag

Anlage A 1. Leitfaden

Vergabe der Stadt Jarmen: Freianlagenplanung für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen

I. Gegenstand

Die nachgesuchten Leistungen beinhalten Objektplanungsleistungen für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie den Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen wie folgt:

Objektplanung Freianlagen Leistungsphasen 1-9 gem. § 39 HOAI 2021

II. Vergabeverfahren

1. Verfahrensart

Die Vergabe erfolgt im Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb).

Die Sprache für das gesamte Vergabeverfahren ist deutsch.

2. Verfahrensablauf

Das Vergabeverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt, welche im Folgenden näher beschrieben werden:

a) Teilnahmewettbewerb

Im Rahmen des hier gegenständlichen Teilnahmewettbewerbs werden die Bewerber in einem ersten Schritt einer Eignungsprüfung unterzogen. Ziel dieser Eignungsprüfung ist es, anhand der vorgegebenen Mindestkriterien diejenigen Bewerber zu ermitteln, die die für die Leistungserbringung notwendige erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit/Gesetzestreue nachweisen können.

Es erfolgt keine Reduzierung der Teilnehmerzahl.

b) Verhandlungsverfahren

aa) Allgemeines. Im Verhandlungsverfahren werden die geeigneten Bewerber aufgefordert, ein vollständiges Erstangebot („indikatives“ Angebot) abzugeben, unter Beachtung der in den Vergabeunterlagen dargestellten Vorgaben. Ortsbesichtigungen sind möglich und zu vereinbaren.

bb) Möglicher Zuschlag bereits auf Erstangebot(e). Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten (§ 17 Abs. 11 VgV). Ein Anspruch auf Verhandlungen besteht nicht. Die Ausführungen unter lit. cc sind in diesem Falle hinfällig.

cc) Verhandlungen. Sofern der Auftrag nicht bereits auf der Grundlage der Erstangebote vergeben wird, gilt: Das vorläufige Honorarangebot (Erstangebot) wird lediglich vorläufig bewertet; alle anderen Teile des Angebotes werden abschließend bewertet.

Der Auftraggeber handelt sodann mit den Bieter die Vertragsbedingungen aus. Dabei haben die Bieter die Möglichkeit, zum Vertragsentwurf Anmerkungen und Änderungswünsche vorzubringen; der Auftraggeber entscheidet, ob und wenn ja, in welcher Weise er den Vertragsentwurf ändert. Ein Anspruch der Bieter auf Änderungen besteht nicht. Nach den Verhandlungsgesprächen werden die Bieter aufgefordert, ein verbindliches Angebot auf Basis des vom Auftraggeber vorgegebenen finalen Bedingungen abzugeben. Der Auftraggeber wird die Angebote, insbesondere die verbindlichen Honorarangebote abschließend bewerten.

III. Losgliederung und stufenweise Beauftragung

1. Keine Losgliederung

Es erfolgt keine Aufteilung in Lose.

2. Stufenweise Beauftragung

Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung wie folgt:

Stufe A: Leistungsphasen 1 bis 4 HOAI

Stufe B: Leistungsphasen 5 bis 6 HOAI

Stufe C: Leistungsphasen 7 bis 9 HOAI

IV. Notwendiger Inhalt des Teilnahmeantrages

Es ist einzureichen:

Anlagenkonvolut C. Teilnahmeunterlagen, bestehend aus

- Anlage C 1. Teilnahmeantrag
- Anlage C 2. Angaben zu Bieter, Bietergemeinschaft, Unterbeauftragung
- Anlage C 3. Erklärungen zur Tariftreue / Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen
- Anlage C 4. Eignung
- Anlage C 5. Einheitliche Europäische Eigenerklärung (alternativ zu Anlage C 4. Eignung)
- Anlage C 6. Datenschutzerklärung
- Anlage 5 Bietererklärung KMU

Alternativ kann statt der Anlage C 4. Eignung die Einheitliche Europäische Eigenerklärung eingereicht werden (bitte nicht beides einreichen!). Zur computergestützten Erstellung der EEE kann die folgende Internetseite genutzt werden: <https://espd.eop.bg/espd-web/filter?lang=de>.

Wichtiger Hinweis zu den Referenzen:

Mit dem (in der ersten Verfahrensphase einzureichenden) **Teilnahmeantrag** werden **unternehmensbezogene** Referenzen verlangt. Unternehmensbezogene Referenzen sind solche, die dem Bewerber (sei er Einzelunternehmer, GmbH usw.) zuzuordnen sind, gleich welcher Architekt/Ingenieur persönlich in die damalige Auftragsausführung involviert war.

Mit dem (in der zweiten Verfahrensphase einzureichenden) **Erstangebot** werden **persönliche** Referenzen verlangt. Das sind nur solche, die dem bei der Ausführung des hier zu vergebenden Auftrags zum Einsatz kommenden und zu benennenden Projektleiter zuzuordnen sind, gleich ob sie diese für den Bewerber oder ein anderes Unternehmen (früherer Arbeitgeber usw.) erbracht haben. Es ist bei der persönlichen Referenz der Name des Projektleiters anzugeben, der die Referenzleistungen (mit-)erbracht hat.

Auf den Unterschied der Referenzen ist zu achten!

V. Notwendiger Inhalt des Erstangebots

Es ist einzureichen:

das **Anlagenkonvolut D. Angebotsunterlagen**, bestehend aus:

- a) **Erstangebot (Anlage D 1. Erstangebot)**
- b) **Honorarangebot (Anlage D 2. Honorarangebot — kein Formular vorgegeben)**

Es sind die unten bei VI 1 abgedruckten Hinweise zum Honorarangebot zu beachten!

c) **Anlage D 3. Persönliche Referenzen des Projektleiters**

Hinweis: Es ist darauf zu achten, dass derjenige als Projektleiter benannt wird, der tatsächlich verantwortlich im Sinne von § 75 Abs. 3 VgV ist, mithin der Berufsangehörige, der im Fall der Auftragserteilung die Leitung über den zu erteilenden Auftrag wahrnehmen wird. Um eine Führungskraft des Bewerbers oder Bieters muss es sich dabei nicht handeln. Dieser Berufsträger muss über die geforderte berufliche Qualifikation verfügen, damit die Eignung des Bewerbers im Hinblick auf die Eignung (Ausschlusskriterium) gegeben ist und die im Zusammenhang mit der Person des Projektleiters zu beurteilenden Zuschlagskriterien (insbesondere: Jahre der Berufserfahrung, persönliche Referenzen) bewertet werden können.

aa) Berufserfahrung

Es ist der Projektleiter zu benennen. Dabei sind die Jahre der Berufserfahrung anzugeben.

Der Projektleiter hat die folgenden beruflichen Qualifikationen aufzuweisen:

Beizubringen ist ein Nachweis darüber, dass er nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die **Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt bzw. Ingenieur für Landschaftsplanung** zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder Ingenieur tätig zu werden.

Der Nachweis ist durch Vorlage des Diploms oder durch Bescheinigung der Architekten- oder Ingenieurkammer zu erbringen.

Hinweis: Im Rahmen der Wertung werden die Jahre der Berufserfahrung des Projektleiters nur gewertet, wenn er über die geforderte berufliche Qualifikation verfügt.

bb) Persönliche Referenzen

Hinweis: Vgl. hierzu den Hinweis oben unter IV (Kasten „Wichtiger Hinweis zu den Referenzen“).

Für die persönlichen Referenzen gelten dieselben inhaltlichen Anforderungen wie für die mit den Teilnahmeunterlagen einzureichenden unternehmensbezogenen Referenzen (vgl. unten Anlage A 2. Eignungskriterien unter A II).

Hinweis: Im Rahmen der Wertung werden die persönlichen Referenzen des Projektleiters nur gewertet, wenn er über die geforderte berufliche Qualifikation verfügt.

d) Anlage D 4. Angaben zur Präsenz der Bauüberwachung

Angabe zur Präsenz auf der Baustelle für die Baudurchführung in Eigenüberwachung.

Hinweis: Im Rahmen der Wertung werden keine Punkte für angebotene Fremdüberwachung vergeben.

e) Anlage D 5. Eigenerklärung Russland-Sanktionen

VI. Sonstiges

1. Hinweise zum Honorarangebot

a) Kein Formularzwang, Berechnungshonorar

Es ist kein Formular vorgegeben.

Es ist ein Berechnungshonorar nach HOAI anzubieten.

b) Anrechenbare Kosten

Nachfolgend werden die für die Angebotseinreichung zwingend zugrunde zu legenden anrechenbaren Kosten angegeben ungeachtet dessen, dass die für das vertragliche Honorar maßgeblichen anrechenbaren Kosten sich letztlich aus der noch zu erstellenden Kostenberechnung ergeben werden. Die Zugrundelegung der nachfolgend angegebenen vorläufigen anrechenbaren Kosten sind zwingend einheitlich von allen Bietern zugrunde zu legen, damit die Angebote (im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsbewertung) vergleichbar sind.

Es ist zwingend von folgenden anrechenbaren Kosten auszugehen (netto/ohne USt.):

Objektplanung Freianlagen: 375.380,00

Erläuterungen: Der Rückbau befestigter Flächen (18.750,00 EUR) und Baumfällung (2.080,00 EUR) sind enthalten.

c) Details zum Angebot

aa) Honorarzone:

Die Honorarzone ist auf Grundlage der sich aus der Leistungsbeschreibung ergebenden Anforderungen anzubieten. Es wird darauf hingewiesen, dass für den mit dem Zuschlag zustande kommenden Vertrag allein die angebotene und bezuschlagte Honorarzone maßgeblich ist, ohne dass es darauf ankommt, ob diese die sich aus der HOAI 2021 und deren Bewertungsmaßstäben ergebende Honorarzone ist.

bb) Honorarsatz:

Der Honorarsatz ist anzubieten.

cc) Anrechenbare Kosten:

Es ist zulässig, eine von den Regelungen der § 38 HOAI abweichende Anrechenbarkeit anzubieten. Sofern der Bieter per Berechnung im Angebot die Ermittlung der anrechenbaren Kosten darlegt und diese von der HOAI abweicht, wird davon ausgegangen, dass eine von den genannten Vorschriften abweichende Vereinbarung angeboten wird.

dd) Rabatt:

Es ist zulässig, einen Rabatt anzubieten.

ee) Nebenkosten:

Diese sind die in % anzugeben.

ff) Besondere Leistungen:

Für die möglichen, aber bisher nicht feststehenden Besonderen Leistungen ist ein Stundensatz für Planer und ein Stundensatz für sonstige Mitarbeiter anzubieten. Für die Angebotsbewertung gilt: Wegen der für die Bewertung der Wirtschaftlichkeit erforderlichen Vergleichbarkeit der Angebote ist von 10 Stunden je Los auszugehen, ungeachtet der im Rahmen der Vertragsdurchführung tatsächlich zu erbringenden Anzahl der Stunden. Es wird multipliziert mit dem Durchschnittswert der beiden verlangten Stundensätze.

gg) Honorar für die gemäß Leistungsbeschreibung auszuarbeitenden Varianten

Gemäß Leistungsbeschreibung hat der Objektplaner Freianlagen im Rahmen der Vorplanung drei Varianten auszuarbeiten, die als Grundleistungen nach lit. c zu LPH 2 der Anlage 11 (zu § 39 Absatz 4, § 40 Absatz 5) der HOAI 2021 zu erbringen sind.

2. Nebenangebote

Nebenangebote sind **nicht** zugelassen.

3. Zustellung der Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen zwingend innerhalb der Teilnahmefrist elektronisch unter

<https://www.evergabe.de/>

einzureichen.

Wichtiger Hinweis: Teilnahmeanträge und Angebote in Schriftform, per Telefon, Fax und E-Mail sind **nicht** zulässig. Gleiches gilt für sämtliche Kommunikation, wie Bieterfragen oder Rügen; diese werden ebenfalls per eVergabe-Plattform beantwortet. Es ist ebenfalls davon abzusehen, Teilnahmeanträge oder Angebote neben dem Hochladen auf der eVergabe-Plattform vorab per E-Mail oder Fax zu übersenden; in diesem Falle droht ebenfalls der Ausschluss aus dem Verfahren.

Die Teilnahmeunterlagen und Angebote inklusive der vorzulegenden Nachweise sind in deutscher Sprache vorzulegen; gleiches gilt für die sonstige Kommunikation.

4. Rügeobliegenheiten und Präklusionsvorschriften

Die Bewerber werden auf die Rügeobliegenheiten und Rechtsbehelfsfristen hingewiesen:

Auf das Vergabeverfahren findet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.06.2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739) geändert worden ist, Anwendung.

Nach § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB ist hiernach ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Die Rechtsbehelfsfristen und Präklusionsbestimmungen nach § 160 Abs. 3 GWB sind zwingend zu beachten.

Zuständige Vergabekammer für Nachprüfungsanträge:

Vergabekammern bei dem Ministerium für
Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern

Johannes-Stelling-Straße 14

19053 Schwerin

Deutschland

Telefon: +49 385588-5160

E-Mail: vergabekammer@wm.mv-regierung.de

Fax: +49 385588-4855817

Internet-Adresse: www.regierung-mv.de

Anlage A 2. Eignungskriterien

Vergabe der Stadt Jarmen: Freianlagenplanung für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen

Hinweise:

1. Eigenerklärungen können durch Ausfüllen der vorgegebenen Formulare („Anlagenkonvolut C. Teilnahmeunterlagen, Anlage C 4. Eignung“) erfolgen **oder** durch Ausfüllen der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Bitte nicht beide Formulare ausfüllen!

2. Die geforderten Erklärungen und Nachweise sind zwingend abzugeben. Anderenfalls droht der Ausschluss.

3. Bei **Bewerbergemeinschaften** hat **jedes** Mitglied der Bewerbergemeinschaft die geforderten Erklärungen und Nachweise zum Nichtvorliegen von *Ausschlussgründen* (vgl. unten B. und C.) gesondert abzugeben. Die Erklärungen und Nachweise zur **Eignung** (vgl. unten A., *berufliche Qualifikation usw.*) müssen in der Summe vollständig vorliegen und im Einzelnen von demjenigen Mitglied der Bewerbergemeinschaft für dasjenige Eignungskriterium erklärt oder vorgelegt werden, das mit der Tätigkeit/Verantwortlichkeit korrespondiert, für die es im Rahmen der Arbeitsteilung vorgesehen ist.

4.1. Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe

Im Falle der Eignungsleihe hat der **Bieter** mit dem Teilnahmeantrag Erklärungen und Nachweise für diejenigen *Eignungskriterien* (vgl. unten A., *berufliche Qualifikation usw.*), die **nicht** vom Nachunternehmer geliehen werden, vorzulegen. Ferner hat er alle Erklärungen und Nachweise zum *Nichtvorliegen von Ausschlussgründen* vorzulegen (vgl. unten B. und C.).

Für den **Nachunternehmer** sind mit dem Teilnahmeantrag die Erklärungen und Nachweise für diejenigen Kriterien der *Eignung* (vgl. unten A., *berufliche Qualifikation usw.*) einzureichen, die sich der Bieter vom Nachunternehmer leiht. Alle Erklärungen und Nachweise zum *Nichtvorliegen von Ausschlussgründen* (vgl. unten B. und C.) sind auch vom Nachunternehmer vorzulegen.

4.2. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe

Wenn ein Nachunternehmer ohne Eignungsleihe eingesetzt werden soll, sind vom und für den **Bieter** mit dem Teilnahmeantrag alle Erklärungen und Nachweise für die *Eignung* (vgl. unten A., *berufliche Qualifikation usw.*) und zum *Nichtvorliegen von Ausschlussgründen* (vgl. unten B. und C.) vorzulegen.

Vom und für den **Nachunternehmer** sind nur die Erklärungen und Nachweise für die *Eignung* (vgl. unten A., *berufliche Qualifikation usw.*) und zum *Nichtvorliegen von Ausschlussgründen* (vgl. unten B. und C.) vorzulegen, und zwar spätestens mit dem Angebot (sie können und sollten sinnvollerweise aber schon vorher, mit dem Teilnahmeantrag, eingereicht werden).

5. Die Formulare sind gegebenenfalls zu vervielfältigen.

A. Eignungskriterien

I. Berufliche Qualifikation

Vorbemerkung

Es ist die nachfolgende berufliche Qualifikation nachzuweisen.

Juristische Personen, Partnerschaftsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der zu übertragenden Leistungen verantwortliche Berufsangehörige benennen und deren Qualifikation gemäß nachweisen.

Hinweis: Es ist darauf zu achten, dass derjenige als Projektleiter benannt wird, der tatsächlich verantwortlich im Sinne von § 75 Abs. 3 VgV ist, mithin der Berufsangehörige, der im Fall der Auftragserteilung die Leitung über den zu erteilenden Auftrag wahrnehmen wird. Um eine Führungskraft des Bewerbers oder Bieters muss es sich dabei nicht handeln. Dieser Berufsträger muss über die geforderte berufliche Qualifikation verfügen, damit die Eignung des Bewerbers im Hinblick auf die Eignung (Ausschlusskriterium) gegeben ist und die im Zusammenhang mit der Person des Projektleiters zu beurteilenden Zuschlagskriterien (insbesondere: Jahre der Berufserfahrung, persönliche Referenzen) bewertet werden können.

Objektplanung Freianlagen

Es ist der **Projektleiter Freianlagen** zu benennen. Dabei sind die Jahre der Berufserfahrung anzugeben.

Der Projektleiter hat die folgenden beruflichen Qualifikationen aufzuweisen:

Beizubringen ist ein Nachweis darüber, dass er nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die **Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt bzw. Ingenieur für Landschaftsplanung** zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder Ingenieur tätig zu werden.

Der Nachweis ist durch Vorlage des Diploms oder durch Bescheinigung der Architekten- oder Ingenieurkammer zu erbringen.

Hinweis: Im Rahmen der Wertung werden die Jahre der Berufserfahrung des Projektleiters nur gewertet, wenn er über die geforderte berufliche Qualifikation verfügt.

II. Unternehmensbezogene Referenzen

Anzugeben ist durch Eigenerklärung eine Liste geeigneter Referenzen über die in den letzten fünf Jahren erbrachten wesentlichen Planungsleistungen vergleichbarer Art mit Angabe der in dem Referenzbogen (vgl. nächste Seite) benannten Angaben (sofern zutreffend).

Wichtiger Hinweis zu den Referenzen:

Mit dem (in der ersten Verfahrensstufe einzureichenden) Teilnahmeantrag werden **unternehmensbezogene** Referenzen verlangt. Unternehmensbezogene Referenzen sind solche, die dem Bewerber (sei er Einzelunternehmer, GmbH usw.) zuzuordnen sind, gleich welcher Architekt/Ingenieur persönlich in die damalige Auftragsausführung involviert war.

Mit dem (in der zweiten Verfahrensstufe einzureichenden) **Erstangebot** werden **persönliche** Referenzen verlangt. Das sind nur solche, die den bei der Ausführung des hier zu vergebenden Auftrags zum Einsatz kommenden und zu benennenden Architekten/Ingenieure zuzuordnen sind, gleich ob sie diese für den Bewerber oder ein anderes Unternehmen (früherer Arbeitgeber usw.) erbracht haben.

Auf den Unterschied der Referenzen ist zu achten!

Die im Folgenden geforderten Leistungsphasen müssen zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrages bereits abgeschlossen sein.

Freianlagen:

Die Referenzen sollen Planungsleistungen betreffen, die die folgenden Kriterien erfüllen:

- Leistungsbild: Objektplanung Freianlagen
- Leistungsphasen: 3-8 gem. § 39 HAOI
- Objekt: öffentlicher Hochbau (Kitas, Schulen, Verwaltungsgebäude, Museen usw. und vergleichbar)
- Auftraggeber: öffentlicher Auftraggeber
- Baukosten: mindestens 50 % der für das Leistungsbild maßgeblichen Kosten gemäß DIN 276:2018-12
- das Referenzobjekt muss spätestens vor sieben Jahren fertiggestellt (Abschluss der LPh 8) und übergeben worden sein

Mindestanforderungen: 1 Referenz

III. Berufshaftpflichtversicherung

Verlangt wird eine **Eigenerklärung** darüber, ob der Bewerber über eine Berufshaftpflichtversicherung mit den nachfolgend aufgeführten Deckungssummen verfügt:

	Deckungssumme Personenschäden	Deckungssumme sonstige Sach- und Vermögensschäden
Freianlagen	0,6 Mio EUR	0,2 Mio EUR

Auf Anforderung ist der Nachweis durch eine Bescheinigung über die Haftpflicht- oder durch eine Exdententenversicherung zu erbringen.

Hinweise: Für den Fall, dass eine Bescheinigung angefordert wird gilt: Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass der Versicherungsschutz aktuell besteht (nicht ausreichend ist ein Nachweis für die Vergangenheit). Es genügt die Bereitschaft des Versicherers, für den Fall der Erteilung des Zuschlags, gegebenenfalls bisher niedrigere Versicherungssummen auf die geforderten Beträge zu erhöhen (dann ist eine entsprechende Erklärung des Versicherers vorzulegen, aus der diese Bereitschaft hervorgeht).

B. Erklärungen und Nachweise zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

1. Erklärung zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB

Verlangt wird eine Erklärung zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB.

2. Erklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation

Verlangt wird eine Erklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation.

3. Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Zahlung von Steuern und Abgaben/Beiträgen zur Sozialversicherung)

Verlangt wird eine Erklärung darüber, ob der Bewerber seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern nachgekommen ist. Auf Anforderung ist der Nachweis durch Bescheinigung des Finanzamtes (Kopie ausreichend) beibringen; der Nachweis darf bei Ablauf der Teilnahmefrist nicht älter als sechs Monate sein.

Verlangt wird eine Erklärung darüber, ob der Bewerber seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist. Auf Anforderung ist der Nachweis durch Bescheinigung der Krankenkasse(n) (Kopie ausreichend) beizubringen; der Nachweis darf bei Ablauf der Teilnahmefrist nicht älter als sechs Monate sein.

C. Sonstige Erklärungen

1. Erklärung des Bewerbers, dass die Umsetzung der freiberuflichen Leistung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt

Verlangt wird eine Erklärung des Bewerbers, dass die Umsetzung der freiberuflichen Leistung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt.

2. Eigenerklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung mit anderen Unternehmen und Zusammenarbeit mit Anderen

Dabei sind der andere Unternehmensträger und eine Beschreibung der Art der wirtschaftlichen Verknüpfung bzw. der Zusammenarbeit anzugeben.

Hinweis: Wenn keine wirtschaftliche Verknüpfung besteht, ist auch dies kenntlich zu machen durch Streichung oder den Eintrag „Trifft nicht zu.“
--

Anlage A 3. Zuschlagskriterien

Vergabe der Stadt Jarmen: Freianlagenplanung für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen

1. Qualitätskriterien

a) Berufserfahrung des benannten Projektleiters

Gewichtung: 40 %

Berufserfahrung in Jahren	über 10	bis 10	bis 6	bis 3
Bewertungspunkte	3	2	1	0

Hinweis: Es ist darauf zu achten, dass derjenige als Projektleiter benannt wird, der tatsächlich verantwortlich im Sinne von § 75 Abs. 3 VgV ist, mithin der Berufsangehörige, der im Fall der Auftragserteilung die Leitung über den zu erteilenden Auftrag wahrnehmen wird. Um eine Führungskraft des Bewerbers oder Bieters muss es sich dabei nicht handeln. Dieser Berufsträger muss über die geforderte berufliche Qualifikation verfügen, damit die Eignung des Bewerbers im Hinblick auf die Eignung (Ausschlusskriterium) gegeben ist und die im Zusammenhang mit der Person des Projektleiters zu beurteilenden Zuschlagskriterien (insbesondere: Jahre der Berufserfahrung, persönliche Referenzen) bewertet werden können.

b) Persönliche Referenzen des benannten Projektleiters

Gewichtung: 40 %

Anzahl vergleichbarer Vorhaben	über 3	3	2	1
Bewertungspunkte	3	2	1	0

Hinweis: Es ist darauf zu achten, dass derjenige als Projektleiter benannt wird, der tatsächlich verantwortlich im Sinne von § 75 Abs. 3 VgV ist, mithin der Berufsangehörige, der im Fall der Auftragserteilung die Leitung über den zu erteilenden Auftrag wahrnehmen wird. Um eine Führungskraft des Bewerbers oder Bieters muss es sich dabei nicht handeln. Dieser Berufsträger muss über die geforderte berufliche Qualifikation verfügen, damit die Eignung des Bewerbers im Hinblick auf die Eignung (Ausschlusskriterium) gegeben ist und die im Zusammenhang mit der Person des Projektleiters zu beurteilenden Zuschlagskriterien (insbesondere: Jahre der Berufserfahrung, persönliche Referenzen) bewertet werden können.

c) Angebotene Präsenz der Bauüberwachung

Gewichtung: 20 %

Gewertet wird die angebotene Präsenz auf der Baustelle (wie oft) für die Baudurchführung (gewertet wird nur angebotene Eigenüberwachung, nicht Fremdüberwachung).

angebotene Präsenz pro Woche	2 x	1 x	weniger als 1 x (z.B. nur bei Bedarf)
Bewertungspunkte	2	1	0

2. Angebotspreis (Honorar)

Der Angebotspreis wird aus der Summe der Preise für die Grundleistungen samt Nebenkosten und für die Besonderen Leistungen gebildet; bei den Besonderen Leistungen wird eine fiktive — also allein für die Angebotswertung maßgebliche — Anzahl in Höhe der in Anlage A 1. Leitfaden unter V b bb (3) angegebenen Stunden zugrunde gelegt.

3. Wertung

Der Angebotspreis gemäß 2. geht entsprechend der vereinfachten Richtwertmethode in die Bewertung ein. Dazu wird aus der Summe der erzielten Qualitätspunkte (gewichtete Bewertungspunkte) und dem Angebotspreis ein Quotient gebildet. Der Bieter mit dem höchsten Wert erhält den Zuschlag.

Anlage B 1. Leistungsbeschreibung

Vergabe der Stadt Jarmen: Freianlagenplanung für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen

Hinweis:

Für die Planungen der

- Objektplanung Gebäude und Innenräume
- Tragwerksplanung
- Technischen Ausrüstung (Heizung / Lüftung / Sanitär / Elektro)

ist bereits ein Vergabeverfahren durchgeführt worden, in dem auch die Leistungen der Objektplanung Freianlagen ausgeschrieben wurden; das Los Objektplanung Freianlagen ist jedoch aufgehoben worden. Die nachfolgende Leistungsbeschreibung gibt alle Leistungen wieder, die in dem zuvor durchgeführten Vergabeverfahren nachgefragt wurden. Sie beinhaltet also neben den Leistungen der Objektplanung Freianlagen auch die Beschreibung der Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume, der Tragwerksplanung und der Technischen Ausrüstung (Heizung / Lüftung / Sanitär / Elektro).

Die mit diesem hier durchgeführten Vergabeverfahren nachgefragten Leistungen sind ausschließlich diejenigen der Objektplanung Freianlagen!

Die Stadt Jarmen befindet sich direkt am Südufer der Peene und ist mit dem nördlichen Ufer durch die Autobahnbrücke der A 20 und direkt am Ort durch die neue Peenebrücke der L 35 - früher B 96 -verbunden. Die L 35 und die B 110 kreuzten sich früher im Ort, jetzt 1 km südlich an der Anschlussstelle "Jarmen" der A 20.

Mit den Ortsteilen Kronsberg, Plötz, Neu-Plötz, Wilhelmental und Müssentin hat Jarmen ca. 3000 Einwohner. Es gibt einen Kindergarten mit Krippe, eine Grundschule, einen Hort und eine Regionale Schule. Im Stadtgebiet gibt es eine Vielzahl aktiver Vereine. Darüber hinaus sind in der Stadt einige Einrichtungen angesiedelt, die sich mit der Pflege und Betreuung älterer Menschen beschäftigen. Die Stadt ist in vielerlei Hinsicht Daseinsvorsorgeträger.

Die freiwillige Feuerwehr ist eine Institution für die Stadt Jarmen und den Amtsbereich. Sie unterstützt die Stadt und ihre Einwohner in vielen Hinsichten. Bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt ist die Feuerwehr immer als Unterstützer vor Ort.

Das derzeitige Gebäude der Feuerwehr in der Fabrikstraße ist in die Jahre gekommen und entspricht nicht mehr den notwendigen und gesetzlich geforderten Standards. Die Fahrzeuge, die für die Einsätze benötigt werden, sind entsprechend den technischen Entwicklungen größer geworden. Dadurch benötigen diese mehr Platz als ein Fahrzeug, das vor 30 Jahren angeschafft worden ist. Somit können gesetzliche Abstände in der Fahrzeughalle nicht eingehalten werden. Zudem sind die technischen Ausrüstungen einer freiwilligen Feuerwehr umfangreicher geworden, dadurch ist auch mehr Platzbedarf entstanden.

In der Fahrzeughalle existiert bislang auch keine Absauganlage für die Einsatzfahrzeuge.

Ein großes Manko bei dem derzeitigen Gebäude ist die fehlende Trennung zwischen Fahrzeughalle und Sozialtrakt über oder durch eine Schleuse (schwarz-weiß-Trennung).

Dadurch sind die Kameraden und -innen erheblichen gesundheitlichen Belastungen (Feinstaub) ausgesetzt.

Bislang sind die sanitären Einrichtungen mehr als unzureichend. Diese sind nur über den Hof zu erreichen. Es gibt keine Geschlechtertrennung und sie befinden sich in einem schlechten Zustand.

Das Vorhalten einer funktionsfähigen Feuerwehr sowie entsprechender Räumlichkeiten ist eine Pflichtaufgabe der Stadt Jarmen. Um hier einsatzfähig zu bleiben, müssen auch die Umgebungsbedingungen erheblich verbessert werden. Dies soll mit einem neuen und den technischen Vorschriften entsprechenden Gebäude erreicht werden. Die Stadt erhofft sich dadurch ebenfalls die Stärkung des Ehrenamtes, durch den Eintritt neuer Kameraden und Kameradinnen in die FFW. Die Stadt könnte damit die Rahmenbedingungen der Feuerwehr erheblich verbessern.

Die Aufgabe beinhaltet eine vollständige Planung für den Neubau eines Feuerwehrgebäudes, Freianlagen mit notwendigen Stellplätzen, den Abbruch aller vorhandenen Baulichkeiten auf dem neuen Standort Lindenstraße 13 sowie eine Anpassung an Zuwegungen und Außenanlagen.

Aufgrund des Platzbedarfs für ein Feuerwehrgebäude, soll das Grundstück ohne Belastungen in Form vorhandener Baulichkeiten beplant und bebaut werden können. Die vorherrschende städtebauliche Situation ist zu berücksichtigen. Das zu bebauende Grundstück befindet sich im Innenbereich gemäß § 34 BauGB.

Planungsgrundlage ist die Aufgabenbeschreibung sowie die durch den Planer zu erstellenden Unterlagen und Zeichnungen der betreffenden Gebäude. Eine detaillierte Erfassung der bautechnischen Angaben des neu zu errichtenden Feuerwehrgerätehauses gehören somit zur Planungsaufgabe.

Der Objektplaner Freianlagen hat im Rahmen der Vorplanung drei Varianten auszuarbeiten, die als Grundleistungen nach lit. c zu LPH 2 der Anlage 11 (zu § 39 Absatz 4, § 40 Absatz 5) der HOAI 2021 zu erbringen sind.

Bevor mit der Realisierung bzw. Umsetzung der Planung begonnen werden kann, sind alle bestehenden Baulichkeiten auf dem Standort Lindenstraße 13 zurückzubauen. Diese Planung ist ebenfalls ein Bestandteil der Aufgabe.

Es sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Fahrzeughalle mit entsprechender DIN-gerechter Technik für 6 Fahrzeuge (davon 1 Fahrzeug mit Drehleiter)
- ein Waschplatz für die Fahrzeuge
- eine kleine Werkstatt
- ein kleines Lager
- HAR/ Heizungsraum
- Schleuse/Wäsche/Sanitärbereich Kameraden von der Fahrzeughalle zum Sozialtrakt
- Umkleide für 30 Kameraden und 10 Jugendliche mit Spinden
- Umkleide für 20 Kameradinnen und 7 Jugendliche mit angrenzendem Sanitärbereich (inkl. 2 Duschen) mit Spinden
- ein Raum für die Jugendfeuerwehr

- zwei Büroräume
- Schulungsraum für ca. 50 Teilnehmer mit angrenzendem Stuhllager
- Teeküche mit kleinem Lagerraum
- einem Raum für Lehrmittel
- sanitäre Einrichtungen mit Geschlechtertrennung (inkl. Behinderten-WC)
- ausreichend Stellplätze
- Rückbau von zwei Gebäuden und einem Folienzelt

Neben der Errichtung des Gebäudes sollen auch die erforderlichen Freianlagen geplant und errichtet werden. Dazu gehört die Zuwegung auf dem Grundstück, die Errichtung von ausreichend Stellplätzen für die Kameradinnen und Kameraden und ggfs. einer Einfriedung des Bereiches.

Anlagen B 2. Vorliegende Unterlagen und Pläne

Vergabe der Stadt Jarmen: Freianlagenplanung für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen

bestehend aus:

- Anlage B 2-1. Luftbild

Anlage B 2-1. Luftbild



Anlagen B 3. Vertrag

Vergabe der Stadt Jarmen: Freianlagenplanung für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen

— auf den folgenden Seiten —

Planervertrag

Objektplanung Freianlagen

Die

Stadt Jarmen
Lindenstraße 13
17126 Jarmen
DE Deutschland

— Auftraggeber —

hat das Europaweite Vergabeverfahren (Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

„Vergabe der Stadt Jarmen: Planungsleistungen der Objektplanung Freianlagen für die Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen“

durchgeführt.

Sie schließt damit mit dem

bezuschlagten Bieter für die

Objektplanung Freianlagen Leistungsphasen 1-9 gem. § 39 HOAI 2021

— Auftragnehmer —

den folgenden Planervertrag.

§ 1 Vertragsgegenstand; Planungsziele

(1) Gegenstand dieses Vertrages sind Architektenleistungen der Objektplanung für Freianlagen.

(2) Die Architektenleistungen sind für folgendes Bauvorhaben zu erbringen:

Errichtung eines Feuerwehrgebäudes sowie Abriss vorhandener Gebäude in Jarmen.

(3) Die Zielvorstellungen des Auftraggebers zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (Planungs- und Überwachungsziele im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB) ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung („Anlage B1. Leistungsbeschreibung“ der Vergabeunterlagen).

(4) Die Zielvorstellungen werden nach dem in § 15 dieses Vertrages festgelegten Verfahren regelmäßig fortgeschrieben.

§ 2 Vertragsbestandteile und -grundlagen

(1) Der Inhalt der zwischen den Parteien getroffenen vertraglichen Vereinbarungen ergibt sich aus diesem Vertrag einschließlich der nachfolgend aufgeführten — hier nicht gesondert beigefügten, aber den Parteien vorliegenden — Anlagen. Ergänzende oder abweichende mündliche Vereinbarungen sind nicht getroffen worden. Etwaige Widersprüche der Vertragsbestandteile sind im Wege der Auslegung aufzulösen. Sollten dennoch Widersprüche verbleiben, soll die speziellere Bestimmung Vorrang vor der allgemeineren haben. Ergibt sich auch dann keine Geltungsreihenfolge, soll die jüngere Bestimmung Vorrang vor der älteren haben. Folgende Anlagen werden Vertragsbestandteil:

1. Honorarangebot (bei einem Zuschlag auf das Erstangebot dieses, bei einem Zuschlag auf ein finales Angebot letzteres)
2. Zuschlagsschreiben
3. Vergabeunterlagen mit
 - A) Anlagen, die beim Bewerber verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:
 - Anlage A 1. Leitfaden
 - Anlage A 2. Eignungskriterien
 - Anlage A 3. Zuschlagskriterien(Teil vom „Anlagenkonvolut AB. Bewerberunterlagen“)
 - B) Anlagen, die beim Bewerber verbleiben und Vertragsbestandteil werden:
 - Anlage B 1. Leistungsbeschreibung
 - Anlage B 2. Vorliegende Unterlagen
 - Anlage B 2-1. Luftbild
 - Anlage B 3. (dieser Vertrag)(Teil vom „Anlagenkonvolut AB. Bewerberunterlagen“)
 - C) Anlagen, die, soweit erforderlich, mit dem Teilnahmeantrag ausgefüllt einzureichen sind: Anlagenkonvolut C. Teilnahmeunterlagen, bestehend aus
 - Anlage C 1. Teilnahmeantrag
 - Anlage C 2. Angaben zu Bieter, Bietergemeinschaft, Unterbeauftragung
 - Anlage C 3. Erklärungen zur Tariftreue / Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen
 - Anlage C 4. Eignung
 - Anlage C 5. Einheitliche Europäische Eigenerklärung (alternativ zu Anlage C 4. Eignung)
 - Anlage C 6. Datenschutzerklärung
 - Anlage 5 Bietererklärung KMU

- D) Anlagen, die, soweit erforderlich, mit dem Erstangebot ausgefüllt einzureichen sind: Anlagenkonvolut D. Angebotsunterlagen, bestehend aus
- Anlage D 1. Erstangebot
 - Anlage D 2. Honorarangebot
 - Anlage D 3. Persönliche Referenzen des Projektleiters
 - Anlage D 4. Angaben zur Präsenz der Bauüberwachung
 - Anlage D 5. Eigenerklärung Russland-Sanktionen

4. Bekanntmachung

(2) Grundlagen des Vertragsverhältnisses sind im Übrigen:

1. Die für das Bauvorhaben relevanten öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, insbesondere
 - a) Gebäudeenergiegesetz (GEG) in seiner geltenden Fassung
 - b) Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge in Mecklenburg-Vorpommern in der jeweils geltenden Fassung
2. Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.
3. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. i.V.m. §§ 631 ff. und §§ 650a ff. BGB)

§ 3 Beauftragung

(1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer nach Maßgabe dieses Vertrages mit der Erbringung von Architektenleistungen, die dem Leistungsbild Objektplanung für Gebäude und Innenräume im Sinne von § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11 zur HOAI, Leistungsphasen 1–9 zuzurechnen sind.

(2) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer ferner mit den folgenden besonderen Leistungen: Auf Abforderung.

(3) — frei —

(4) Die Beauftragung erfolgt stufenweise, wobei die Stufen wie folgt festgelegt werden:

Stufe A: Grundlagenermittlung bis Genehmigungsplanung (Leistungsphase 1-4 nach § 39 HOAI)

Stufe B: Ausführungsplanung bis zur Vorbereitung der Vergabe (Leistungsphase 5-6 nach § 39 HOAI)

Stufe C: bis zur Objektbetreuung einschließlich (Leistungsphasen 7–9 nach § 39 HOAI)

(5) Beauftragt werden zunächst nur die Leistungen der Stufe A. Es besteht kein Anspruch auf Beauftragung auch der Stufen B und C. Die Beauftragung der nächsten Stufe soll längstens zwölf Monate nach Abschluss der zuletzt beauftragten Stufe erfolgen; länger muss der Auftragnehmer seine Leistungsbereitschaft nicht aufrechterhalten.

§ 4 Leistungspflicht des Auftragnehmers

(1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele durch die in § 1 Abs. 3 benannten Zielvorstellungen hinreichend definiert sind, so dass eine Zielfindungsphase im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB entfällt.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich gemäß § 650p Abs. 1 BGB, nach näherer Maßgabe dieses Vertrages diejenigen Leistungen zu erbringen, die nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung erforderlich sind, um die zwischen den Parteien vereinbarten – und gegebenenfalls nach Vertragsschluss weiterentwickelten – Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen so zu erbringen, dass die definierten und fortgeschriebenen Zielvorstellungen in bestmöglicher Weise verwirklicht werden können. Des Weiteren verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Auftraggeber umgehend und umfassend zu unterrichten, sobald erkennbar wird, dass die Verwirklichung von Zielvorstellungen – gleich aus welchem Grund – gefährdet ist. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen des Nichterreichens von Zielvorstellungen setzen ein Verschulden auf Seiten des Auftragnehmers voraus. Sofern Um- oder Mehrfachplanungen erforderlich werden, um durch diesen Vertrag definierte bzw. fortgeschriebene Zielvorstellungen einhalten zu können, gelten hierfür die Bestimmungen dieses Vertrages (§§ 6 und 12).

(3) Unter Berücksichtigung der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele besteht der Leistungserfolg, auf dessen Erzielung der Auftragnehmer seine Leistungen zu erbringen hat,

- in der Leistungsphase 1 nach § 39 HOAI in der Ermittlung der nötigen Voraussetzungen zur Lösung der Bauaufgabe sowie Ermittlung der Größe und des groben Zuschnitts der zu planenden Gebäude
- in der Leistungsphase 2 nach § 39 HOAI in der Grundlagenanalyse, der Abstimmung der Aufgabenstellung und der Erarbeitung eines Planungskonzeptes.
- in der Leistungsphase 3 nach § 39 HOAI in der Erstellung eines den bei Vertragsschluss festgelegten und gegebenenfalls nach Vertragsschluss fortgeschriebenen Planungszielen bestmöglich entsprechenden und realisierbaren Planungskonzeptes, welches alle projektspezifischen Problemstellungen berücksichtigt.
- in der Leistungsphase 4 nach § 39 HOAI in der Erstellung einer genehmigungsfähigen, den bei Vertragsschluss festgelegten und gegebenenfalls nach Vertragsschluss fortgeschriebenen Planungszielen bestmöglich entsprechenden Planung sowie der Zusammenstellung vollständiger Vorlagen, sofern nach den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften Genehmigungen oder Zustimmungen erforderlich sind.
- in den Leistungsphasen 5-7 nach § 39 HOAI in der Zusammenstellung der im Wesentlichen vollständigen und fehlerfreien Vergabeunterlagen im Sinne von § 8

VOB/A sowie in der Erstellung einer begründeten und nachvollziehbaren Vergabeempfehlung an den Auftraggeber als Ergebnis der Prüfung und Wertung der Angebote und der Dokumentation des Vergabeverfahrens

- in der Leistungsphase 8 nach § 39 HOAI in dem Entstehenlassen eines plangerechten, mit den maßgeblichen Bestimmungen des öffentlichen Rechts übereinstimmenden, technisch und wirtschaftlich im Wesentlichen mangelfreien Bauwerks bis zur Überwachung der bei Abnahme festgestellten Mängel;
- es wird eine Baustellenpräsenz von mindestens 1 x pro Woche vereinbart, es sei denn, es ist eine höhere Präsenz angeboten und bezuschlagt.
- Weiter hat der Auftragnehmer für alle Planungsleistungen die in der „Dokumentation zur Abgabe von Unterlagen nach Schlussrechnung“ aufgeführten Urkunden/Unterlagen/Dokumente/Vereinbarungen entsprechend der dortigen Vorgaben zu beschaffen, zu erstellen bzw. zusammenzustellen und an den Auftraggeber vollständig zu übergeben. Die „Dokumentation zur Abgabe von Unterlagen nach Schlussrechnung“ wird als Anlage 1 zu diesem Vertrag genommen und ausdrücklich zu dessen Inhalt und Bestandteil gemacht. Für die Beschaffung, Zusammenstellung und Erstellung der in der „Dokumentation zur Abgabe von Unterlagen nach Schlussrechnung“ aufgeführten Urkunden/Unterlagen/Dokumente/Vereinbarungen und deren Übergabe an den Auftraggeber fällt keine gesonderte Vergütung an. Es handelt sich hierbei nicht um besondere Leistungen gemäß § 3 Abs. 3 HOAI.
- In der Leistungsphase 3 werden folgende Besonderen Leistungen auf Abruf beauftragt, ohne dass ein Anspruch auf Beauftragung besteht: die Mitwirkung bei Genehmigungs-, Bewilligungs-, und Prüfverfahren nach den für die Maßnahme einschlägigen Förderrichtlinien und nach der LHO. Dazu gehören die jeweilige gesonderte Zusammenstellung der Prüf- und Genehmigungsunterlagen sowie die Aufbereitung der Kostenberechnung nach förderrechtlichen Gesichtspunkten.
- Die förderrechtliche Mitwirkung an der Erstellung des Verwendungsnachweises als Grundlage für die baufachliche Prüfung durch die entsprechenden Förderinstitutionen und für die abschließenden Bewilligungsbescheide der Zuwendungsgeber stellt eine besondere Leistung dar. Für den Abruf dieser Leistungen hat der Auftragnehmer die Dokumentation bis mindestens 20 Jahre nach Abnahme der Leistung vorzuhalten.
- für die Leistungsphase 9 verzichten die Parteien auf die Beschreibung eines werkvertraglichen Gesamterfolges.

(4) Zur Erzielung der vorstehend beschriebenen Ziele hat der Auftragnehmer sämtliche Grundleistungen der beauftragten Leistungsphasen nach § 39 HOAI i.V.m. der Anlage 11 zur HOAI zu erbringen, dies allerdings nur insoweit, als es zur Erreichung der vereinbarten Ziele tatsächlich erforderlich ist.

(5) Hiervon unabhängig schuldet der Auftragnehmer auf jeden Fall die Erbringung folgender Teilleistungen im Sinne selbständiger Einzelerfolge:

- In allen Leistungsphasen: Kostenermittlungen; im Einzelnen sind zu erbringen die Kostenschätzung nach DIN 276 Fassung 2008 im Rahmen der Vorplanung, die Kostenberechnung nach DIN 276 Fassung 2008 im Rahmen der Entwurfsplanung, die

Ermittlung der Kosten durch vom Auftragnehmer bepreiste Leistungsverzeichnisse im Rahmen der Vorbereitung der Vergabe, und die Kostenfeststellung nach DIN 276 Fassung 2008 im Rahmen der Objektüberwachung.

- in der Leistungsphase 3 nach § 39 HOAI: zeichnerische Darstellung der Entwurfsplanung und Objektbeschreibung; Zusammenfassung
- in der Leistungsphase 8 nach § 39 HOAI: Schriftliche Dokumentation des Bauablaufs, z.B. in Form eines Bautagebuches sowie Übergabe des Objekts einschließlich Zusammenstellung und Übergabe der erforderlichen Unterlagen, z.B. Bedienungsunterlagen, Prüfprotokolle; systematische Zusammenstellung der Dokumentation, zeichnerischen Darstellungen und rechnerischen Ergebnisse des Objekts
- in der Leistungsphase 9 nach § 39 HOAI: Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen der Gewährleistungsansprüche gegenüber den bauausführenden Unternehmen.

Die vorstehend ausdrücklich benannten Einzelleistungen schuldet der Auftragnehmer unabhängig davon, ob sie zur Erreichung der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele erforderlich sind. Weitere Einzelleistungen schuldet er nicht unabhängig der Notwendigkeit zur Erzielung der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele.

(6) Der Auftragnehmer hat folgende weitere Grundleistungen zu erbringen:

- Die Unterlagen zur baufachlichen Prüfung gemäß VV zu § 44 Abs. 1 LHO (ZBau § 44 LHO) sind dem Auftraggeber zu übergeben.
- Der Auftragnehmer ist im Rahmen seiner Grundleistungen bei einem einzuleitenden Beweissicherungsverfahren verpflichtet, nach Abstimmung mit dem Auftraggeber entsprechende Zuarbeit zu leisten. Dies trifft in gleicher Weise bei einer durch den Auftraggeber gebundenen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination zu.

(7) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen entsprechend den anerkannten Regeln der Technik sowie in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des öffentlichen Rechts und den ihm bekannten (fortgeschriebenen) Zielvorstellungen des Auftraggebers zu erbringen. Der Auftraggeber hat seine Leistungen außerdem in möglichst wirtschaftlicher Weise zu erbringen. Dies bedeutet insbesondere, dass sämtliche Leistungen im Rahmen der sonstigen Vorgaben und Zielvorstellungen des Auftraggebers sowie des technisch und rechtlich Möglichen mit dem Ziel größtmöglicher Kosteneinsparung sowohl bei der Errichtung des Bauvorhabens als auch bei der späteren Nutzung zu erbringen sind. Entstehen Widersprüche zwischen verschiedenen Zielvorstellungen des Auftraggebers, zwischen den Zielvorstellungen des Auftraggebers und den anerkannten Regeln der Technik oder aber zwischen den anerkannten Regeln der Technik und dem (neuesten) Stand der Technik bzw. der Wissenschaft, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber entsprechend aufzuklären und zu unterrichten sowie Entscheidungshilfen zu geben und Entscheidungsalternativen zu formulieren. Die Entscheidung ist dann durch den Auftraggeber zu treffen. Die vom Auftraggeber vorgegebenen (fortgeschriebenen) Zielvorstellungen sind nur insoweit für den Auftragnehmer verbindlich, als sie in sich widerspruchsfrei sind und auch nicht im Widerspruch zu den anerkannten Regeln der Technik bzw. zu zwingenden öffentlichrechtlichen Bestimmungen stehen.

(8) Der Auftragnehmer erbringt die ihm übertragenen Leistungen in eigener Person oder durch fest angestellte oder freie Mitarbeiter seines Büros. Es sind die vom Auftragnehmer in den Vergabeunterlagen zur Auftragsausführung benannten Berufsträger zur Vertragsausführung einzusetzen. Ein Wechsel der benannten Berufsträger ist auch vor dem tatsächlichen Beginn der Vertragsdurchführung nicht gestattet.

§ 5 Bevollmächtigung des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber bevollmächtigt den Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung seiner Leistungen mit der Vornahme folgender Handlungen bzw. Abgabe folgender Erklärungen:

- technische Abnahmen
- Entgegennahme und Abzeichnung von Stundenlohnnachweisen
- Erteilung von Weisungen auf der Baustelle (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B)
- Mängelrügen
- Entgegennahme von Angeboten und Schlussrechnungen
- Entgegennahme von Erklärungen ausführender Unternehmen (z.B. Bedenkenanmeldungen, Behinderungsanzeigen, Mehrkostenanmeldungen)
- Aufnahme eines gemeinsamen Aufmaßes mit den ausführenden Unternehmen.

(2) Finanzielle Verpflichtungen für den Auftraggeber darf der Auftragnehmer nur eingehen, wenn Gefahr in Verzug besteht und das Einverständnis der Auftraggeber nicht rechtzeitig zu erlangen ist.

(3) Eine weitergehende Vollmacht wird dem Auftragnehmer mit diesem Vertrag nicht erteilt. Spätere hierüber hinaus gehende Vollmachten können nur schriftlich erteilt werden (§ 126 BGB).

§ 6 Änderungsbegehren und Änderungsanordnung des Auftraggebers; Änderungsvereinbarung

(1) Für Änderungsvereinbarungen und Änderungsanordnungen des Auftraggebers gilt § 650a Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen:

(2) Das Änderungsbegehren des Auftraggebers kann sich auch auf die Art der Ausführung der Leistungen, insbesondere in zeitlicher Hinsicht beziehen. Solchen Änderungsbegehren muss der Auftragnehmer nur folgen, wenn schwerwiegende Gründe vorliegen und bei der Abwägung der beiderseitigen Interessen die Interessen des Auftraggebers an der Anordnung deutlich überwiegen.

(3) Die Befolgung von Änderungsbegehren des Auftraggebers im Sinne von § 650b Abs. 1 Nr. 1, die mit einer Änderung der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele verbunden sind (nicht notwendige Änderungen) ist für den Auftragnehmer insbesondere dann unzumutbar,

- wenn sich die Planung auf ein anderes Grundstück beziehen soll;
- wenn sich durch die vom Auftraggeber begehrte Änderung der Charakter des Gebäudes insgesamt so verändern würde, dass die Identität des Gebäudes nicht mehr gewahrt wäre;
- wenn sich die Befolgung eines Änderungsbegehrens für den Auftragnehmer unter Berücksichtigung seiner Urheberpersönlichkeitsrechte als unzumutbar darstellen würde;
- wenn der Nutzungszweck des Gebäudes grundlegend verändert würde;
- wenn der Auftraggeber von vorneherein endgültig und ernsthaft die Zahlung einer dem Auftragnehmer für die zusätzlich zu erbringenden Planungsleistungen zustehenden zusätzlichen Vergütung oder die Mitwirkung an einer entsprechenden, den zusätzlichen Vergütungsanspruch des Auftragnehmers umfassenden Nachtragsvereinbarung verweigert.

Kein Fall der Unzumutbarkeit liegt vor,

- wenn das Büro des Auftragnehmers auf die Ausführung der geänderten Leistungen nicht eingerichtet ist;
- wenn betriebsinterne Umstände im Büro des Auftragnehmers (z.B. eine besonders hohe Auslastung des Büros) entgegenstehen; der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, weitere Mitarbeiter einzustellen bzw. Unteraufträge zu erteilen.

(4) Beide Parteien können jederzeit nach Eingang des Änderungsbegehrens des Auftraggebers eine vorläufige Klärung der Verpflichtung des Auftragnehmers, dem Begehren des Auftraggebers Folge zu leisten, im Wege des Adjudikationsverfahrens nach § 20 herbeiführen, ohne die Frist des § 650b Abs. 2 BGB abwarten zu müssen. Abweichend von § 650b Abs. 2 Satz 1 BGB kann der Auftraggeber dann, wenn die Parteien binnen 14 Tagen nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Unternehmer keine Einigung über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung erzielen, die Änderung in Textform anordnen. In begründeten Fällen kann der Auftragnehmer die Verlängerung auf die gesetzliche Frist von 30 Tagen verlangen.

§ 7 Hinzuziehung und Koordination anderer Beteiligter

(1) Der Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer mit, welche anderen an der Planung sowie Ausführung und Überwachung der Ausführung des Bauvorhabens Beteiligten neben dem Auftragnehmer beauftragt worden sind bzw. gegebenenfalls noch werden.

(2) Die Beauftragung der Fachplaner und sonstiger Fachleute erfolgt ausschließlich durch den Auftraggeber selbst.

(3) Sollte sich nach Abschluss dieses Vertrages die Notwendigkeit des Einsatzes weiterer Fachplaner oder sonstiger Fachleute (z.B. von Sachverständigen) ergeben, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf hinzuweisen und erforderlichenfalls darüber hinaus auch bei der Auswahl zu beraten.

(4) Der Auftragnehmer ist zur Koordination und zur Integration der Leistungen anderer fachlich Beteiligter in folgendem Umfang verpflichtet:

- Der Auftragnehmer muss die Leistungen anderer fachlich Beteiligter in sinnvoller Weise in seine eigenen Leistungen integrieren; er muss daher die Beiträge anderer fachlich Beteiligter mit den von ihm durch seine Ausbildung und seine Berufstätigkeit erworbenen bzw. von ihm zu erwartenden Kenntnissen und praktischen Erfahrungen darauf hin überprüfen, ob diese offenkundige Fehler und/oder Unvollständigkeiten aufweisen. In diesem Fall muss er den Auftraggeber unverzüglich entsprechend unterrichten. Eine darüber hinaus gehende Pflicht zur fachlichen Prüfung der Beiträge anderer Beteiligter trifft den Auftragnehmer nicht.
- Der Auftragnehmer muss die Leistungen der anderen fachlich Beteiligten in zeitlicher Hinsicht in der Weise in seine eigene zeitliche Planung integrieren, dass er seine eigenen Leistungen fristgerecht erbringen kann. Er muss daher die anderen Beteiligten darauf hinweisen, bis zu welchem Zeitpunkt deren Beiträge spätestens vorliegen müssen. Liegen diese Beiträge nicht termingerecht vor, muss er den Auftraggeber hierauf hinweisen.
- Der Auftragnehmer muss die übrigen fachlich Beteiligten vollständig und umfassend unterrichten und ihnen vollständige, sachlich richtige und widerspruchsfreie Unterlagen, insbesondere Planungen zukommen lassen.

§ 8 Allgemeine Pflichten von Auftraggeber und Auftragnehmer

(1) Über die durch diesen Vertrag begründeten Verpflichtungen, insbesondere zu einer im Wesentlichen mangelfreien Leistungserbringung und umfassender Information sowie Beratung des Auftraggebers hinaus verpflichtet der Auftragnehmer sich allgemein, Weisungen und Anordnungen des Auftraggebers zu beachten und bei seiner Leistungserbringung umzusetzen. Dies gilt aber nur hinsichtlich von Anordnungen und Weisungen, die entweder der Auftraggeber in Person selbst oder aber durch einen von ihm ausdrücklich hierzu bevollmächtigten Vertreter erteilt.

(2) Ist die Befolgung von Anordnungen und Weisungen des Auftraggebers mit einer Vertragsänderung im Hinblick auf die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele oder die zur Erreichung dieser Ziele im Einzelnen zu erbringenden Leistungen verbunden, ist der Auftragnehmer hierzu nur nach Maßgabe der Regelungen in § 6 dieses Vertrages verpflichtet. Im Übrigen endet die Pflicht des Auftragnehmers, Weisungen des Auftraggebers Folge zu leisten, wenn die Weisungen des Auftraggebers gegen öffentlich-rechtliche oder sonstige gesetzliche Bestimmungen verstoßen oder ihre Befolgung mit einer Gefahr für Leib und Leben verbunden wäre. In diesen Fällen kann der Auftragnehmer sich auf die Weisung auch nicht zu seiner Entlastung berufen.

(3) Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen Weisungen oder Vorgaben des Auftraggebers, muss er den Auftraggeber hierauf umgehend schriftlich hinweisen und seine Bedenken begründen (z.B. Widerspruch zu anerkannten Regeln der Technik, Widerspruch zu Zielvorgaben des Auftraggebers). In diesem Fall muss (und darf) der Auftragnehmer der Weisung/Vorgabe des Auftraggebers nur dann folgen, wenn dieser daran trotz der vom Auftragnehmer vorgebrachten

Bedenken festhält. In diesem Fall ist der Auftragnehmer von jeder Haftung frei. Weist der Auftragnehmer demgegenüber auf Bedenken nicht hin oder unterlässt er die bei Anwendung des in § 3 dieses Vertrages definierten Maßstabes erforderliche Prüfung, kann er sich zu seiner Entlastung nicht auf die Weisung/Vorgabe des Auftraggebers berufen. Die vorstehend in Absatz 2 enthaltene Regelung zu den Grenzen der Verpflichtung des Auftragnehmers, Weisungen des Auftraggebers Folge zu leisten, bleibt hiervon unberührt.

(4) Der Auftraggeber verpflichtet sich, die Planung und Durchführung des Bauvorhabens zu fördern. Insbesondere verpflichtet er sich, anstehende Entscheidungen kurzfristig zu treffen und die notwendigen Sonderfachleute nach entsprechender Beratung durch den Auftragnehmer zu beauftragen.

(5) Der Auftraggeber erteilt dem Auftragnehmer alle zur Vertragsdurchführung und Abrechnung erforderlichen Auskünfte und übergibt entsprechende Unterlagen.

(6) Der Auftraggeber verpflichtet sich auch dem Auftragnehmer gegenüber, die Leistungen der ausführenden Unternehmen abzunehmen, sobald die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

(7) Schließlich verpflichtet sich der Auftraggeber, an der Fortschreibung der Zielvorstellungen und der Abstimmung von Planungsständen einschließlich der Freigabe von Plänen entsprechend § 15 dieses Vertrages mitzuwirken.

§ 9 Baukosten

(1) Wird für den Auftragnehmer bei Planungsfortschritt ein Anstieg der Baukosten erkennbar, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten und Einsparungsvorschläge zu unterbreiten. Darüber hinaus ist der Auftragnehmer auch verpflichtet, gegebenenfalls erforderlich werdende zusätzliche bzw. ganz oder teilweise wiederholt zu erbringende Planungs- und sonstige Leistungen zu erbringen. Unter den Voraussetzungen dieses Vertrages in Verbindung mit § 10 HOAI steht dem Auftragnehmer hierfür ein zusätzlicher Vergütungsanspruch zu.

(2) Nach näherer Maßgabe der Festlegungen in § 3 dieses Vertrags zum Umfang der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen ist dieser zur Kostenermittlung, zur Fortschreibung der Kostenermittlung, und zur Kostenkontrolle verpflichtet.

§ 10 Fristen

(1) Fristen werden in einem Projektablaufplan festgelegt werden.

(2) Die Parteien werden Fertigstellungsfristen für die einzelnen Leistungsphasen vereinbaren. Diese werden Vertragsbestandteil. Die Fertigstellungsfristen sind vom Auftragnehmer, zzgl. eines Zuschlages für eventuelle Bauverzögerungen, realistisch abzuschätzen und dem Auftraggeber vorzuschlagen. Die Fristen sollen so bemessen sein, dass eine zügige Fertigstellung möglich ist.

(3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen, insbesondere so zu planen, dass die vertraglich vereinbarten und während der Projektverwirklichung fortgeschriebenen Zielvorstellungen der Parteien hinsichtlich der zeitlichen Abfolge und Fertigstellung des Bauvorhabens nach Möglichkeit eingehalten werden können.

(4) Insbesondere hat der Auftragnehmer alle zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, insbesondere das Zeitmanagement aller von ihm zu erbringenden Leistungen so zu gestalten, dass der Baubeginn zügig erfolgen kann.

(5) Wird für den Auftragnehmer erkennbar, dass der vorgesehene Bauablauf nicht eingehalten werden kann, z.B. wegen unvorhergesehener äußerer Umstände oder wegen Anordnungen des Auftraggebers, z.B. solchen, die Planungsänderungen erforderlich machen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten.

(6) Nach näherer Maßgabe der Festlegungen in § 3 dieses Vertrags zum Umfang der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistung ist dieser zur Fortschreibung der Terminplanung und zur Terminkontrolle verpflichtet.

(7) Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Unterlässt er die Anzeige, so hat er nur dann Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn dem Auftraggeber die Tatsache und deren hindernde Wirkung bekannt waren.

§ 11 Honorar

(1) Die Parteien vereinbaren das sich aus dem Honorarangebot (§ 2 Abs. 1 Satz 6 Nr. 1) ergebende Honorar.

(2) Die Parteien legen anrechenbare Kosten zugrunde, wie sie sich aus der Kostenschätzung ergeben werden.

(3) Die Voraussetzungen für die Anwendung der Grundsätze über den Wegfall bzw. die Änderung der Geschäftsgrundlage sind gegeben, wenn die mit dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Geltendmachung des Anspruchs auf Anpassung der Honorarvereinbarung ermittelten bzw. prognostizierten anrechenbaren Kosten die vorstehend genannten, der Ermittlung der Honorarpauschale zugrunde gelegten Kosten um mehr als 20% übersteigen oder unterschreiten. Bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten ist die mitzuarbeitende vorhandene Bausubstanz zu berücksichtigen. Für die Berechnung gilt Abs. 5.2 entsprechend. Sind Über- oder Unterschreitungen der prognostizierten Kosten von einer der Vertragsparteien zu vertreten, kann diese sich zu ihren Gunsten hierauf nicht berufen.

(4) — frei —

(5) Für den Fall, dass die Geschäftsgrundlage bei Zugrundelegung der vorstehend festgelegten Kriterien in relevanter Weise berührt ist, vereinbaren die Parteien eine Honorierung der vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen nach den Honorarermittlungsgrundlagen der HOAI mit

den aus den nachfolgenden Bestimmungen sich ergebenden Modifikationen. Mit den nachfolgenden Festlegungen machen die Vertragsparteien zugleich von dem ihnen insoweit zustehenden Beurteilungsspielraum Gebrauch.

(5.1) Die anrechenbaren Kosten (§ 4 Abs. 1 HOAI) sind auf der Grundlage der Kostenberechnung zu ermitteln (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 HOAI), wobei eine im Wesentlichen vollständige und mangelfreie Planung zugrunde zu legen ist. Erhöhen sich die Kosten durch die Vervollständigung einer zunächst unvollständigen Planung oder durch Beseitigung von Mängeln einer zunächst mangelbehafteten Planung, erhöhen sich auch die anrechenbaren Kosten entsprechend, soweit es sich um Kosten handelt, die auch bei einer von vorneherein vollständigen und mangelfreien Planung angefallen wären.

(5.2) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten mitzuverarbeitende Bausubstanz gemäß § 2 Abs. 7 HOAI zu berücksichtigen ist.

(5.3. - 5.5.) — frei —

(5.6) Sofern im Honorarangebot (§ 2 Abs. 1 Satz 6 Nr. 1) ein Zuschlag nach § 6 Abs. 2 HOAI nicht angegeben ist, wird ein solcher nicht geschuldet..

(5.7) Das Honorar ist grundsätzlich auf der Grundlage der zur Zeit des Abschlusses dieses Vertrages gültigen Fassung der HOAI zu berechnen.

(6) — frei —

(7) — frei —

(8) Soweit der Auftragnehmer auf Grund späterer Beauftragung durch den Auftraggeber besondere Leistungen oder Beratungsleistungen im Sinne der Anlage 1 zur HOAI zu erbringen hat, die durch das hier vereinbarte Honorar nicht abgegolten sind, muss er diese Leistungen nur auf der Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung ausführen, die auch das ihm hierfür zustehende Honorar einschließen muss. Kommt eine derartige Vereinbarung nicht zustande, sind die entsprechenden Leistungen, soweit sie beauftragt werden, nach Zeitaufwand gemäß Absatz 9 abzurechnen.

(9) Sofern Leistungen nach Zeitaufwand abzurechnen sind, werden die im Honorarangebot (§ 2 Abs. 1 Satz 6 Nr. 1) angebotenen Stundensätze vereinbart.

(10) — frei —

(11) Nebenkosten im Sinne von § 14 Abs. 2 HOAI werden so wie im Honorarangebot (§ 2 Abs. 1 Satz 6 Nr. 1) angebotenen abgerechnet; sofern keine angeboten wurden, sind Nebenkosten nicht geschuldet.

§ 12 Honorar bei Änderungsanordnungen sowie bei Projektverzögerungen und Projektunterbrechungen

(1) Die stufenweise Fortentwicklung und Durcharbeitung der Planung innerhalb einer bestimmten Leistungsstufe (Planungsoptimierung) einschließlich der Erarbeitung von Alternativen wird nicht vergütet, soweit die Planungsleistung Bestandteil der Grundleistungen der jeweiligen Leistungsphase ist, und solange die Grenzen der Zumutbarkeit für den Auftragnehmer nicht überschritten sind. Letzteres ist insbesondere dann der Fall, wenn innerhalb einer noch nicht abgeschlossenen Leistungsphase eine bereits erbrachte Teilleistung (z.B. ein erstellter Plan) auf Veranlassung des Auftraggebers und aus einem nicht vom Auftragnehmer zu vertretendem Grunde im Rahmen der Grundleistungen der LPhen 2 und 3 mehr als zwei Mal neu erstellt werden muss bzw. mehr als zwei Alternativplanungen erstellt werden müssen. Die weiteren Änderungen sind dann nach den nachfolgenden Grundsätzen der Vertragsänderung zu vergüten. Im Gegensatz zu Planungsoptimierungen sind geänderte Leistungen gesondert zu vergüten, wenn sie auf Änderungsvereinbarungen im Sinne von § 650q Abs. 1 i.V.m. § 650b Abs. 1 BGB oder auf einer Änderungsanordnung des Auftraggebers im Sinne von § 650q Abs. 1 i.V.m. § 650b Abs. 2 BGB beruhen. Änderungsvereinbarungen im Sinne von § 650q Abs. 1 i.V.m. § 650b Abs. 1 BGB sollen eine Vereinbarung über die Vergütungsanpassung infolge der Änderung umfassen. Der Anspruch auf Vergütungsanpassung nach Maßgabe der folgenden Regelungen besteht aber unabhängig vom Zustandekommen einer solchen Vereinbarung.

(2) Für Änderungsleistungen, bei denen es sich nicht um Grundleistungen oder um Teile von Grundleistungen der HOAI – einschließlich der Grundleistungen der Leistungsbilder der Anlage 1 zur HOAI – handelt, gilt § 11 Abs. 9 dieses Vertrages, sofern die Parteien keine andere Vereinbarung treffen.

(3) Für Änderungsleistungen, bei denen es sich um Grundleistungen oder um Teile von Grundleistungen der HOAI – einschließlich der Grundleistungen der Leistungsbilder der Anlage 1 zur HOAI – handelt, gilt:

(3.0) § 10 HOAI ist auch im Falle einer Änderungsanordnung des Auftraggebers im Sinne von § 650q Abs. 1 i.V.m. § 650b Abs. 2 BGB anwendbar. Sind die Gründe für die Änderungsanordnung vom Auftragnehmer zu vertreten, kann er eine Honorarerhöhung nach § 10 HOAI nur geltend machen, wenn es zu der wiederholten Erbringung von Grundleistungen bzw. zu der Erhöhung der anrechenbaren Kosten auch ohne den vom Auftragnehmer zu vertretenden Umstand gekommen wäre.

(3.1) Sind bereits erbrachte Grundleistungen ganz oder teilweise erneut zu erbringen, gilt § 10 Abs. 2 HOAI mit folgenden Maßgaben:

- § 10 Abs. 2 HOAI gilt unabhängig davon, ob sich die anrechenbaren Kosten verändern oder gleich bleiben.
- Maßgeblich für die Ermittlung des anteilig zu berechnenden Honorars für wiederholt erbrachte Grundleistungen nach § 10 Abs. 2 sind § 8 Abs. 2 HOAI sowie das letzte Honorarangebot. Ist von den wiederholt zu erbringenden Leistungen nur ein Teilbereich des Bauvorhabens betroffen, ist – sofern die

Parteien nicht vor Ausführung der geänderten Leistung schriftlich etwas anderes vereinbaren – das anteilige Honorar im Sinne von § 10 Abs. 2 i.V.m. § 8 Abs. 2 HOAI bezogen auf die anrechenbaren Kosten für den von der Wiederholungsleistung betroffenen Teilbereich des Bauvorhabens zu ermitteln.

(3.2) Ändern sich die anrechenbaren Kosten, gilt § 10 Abs. 1 HOAI mit folgenden Maßgaben:

- Die Honoraranpassung nach § 10 Abs. 1 HOAI kann neben einer Honoraranpassung nach § 10 Abs. 2 HOAI geltend gemacht werden.
- Verringern sich die anrechenbaren Kosten, bleibt ein etwaiger Anspruch des Auftragnehmers nach § 649 BGB von § 10 Abs. 1 HOAI unberührt.

(4) Tritt aus einem nicht vom Auftragnehmer zu vertretendem Grunde eine Unterbrechung des Projektes von mindestens zwölf Monaten ein, ohne dass die weitere Leistungserbringung dauernd unmöglich wird, ist der Auftragnehmer berechtigt, die bis dahin erbrachten Leistungen vertragsgemäß abzurechnen, sowie außerdem Erstattung derjenigen Kosten zu verlangen, die dem Auftragnehmer bereits entstanden und in der Vergütung des noch nicht ausgeführten Teils der Leistung enthalten sind. Dauert die Unterbrechung dann weitere drei Monate an, ist der Auftragnehmer berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grunde zu kündigen und nach den Grundsätzen des § 19 dieses Vertrages abzurechnen.

§ 13 Abrechnung; Aufrechnungsverbot

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, prüfbar abzurechnen. Soweit die Abrechnung unter Berufung auf eine vereinbarte Pauschale erfolgt, genügt für die Prüfbarkeit die Bezugnahme auf diese Pauschale. Soweit Leistungen bestimmter Leistungsphasen teilweise erbracht sind, genügt es im Rahmen von Abschlagsrechnungen, wenn der erreichte Bearbeitungsstand plausibel dargestellt ist. Ein lückenloser Nachweis ist nicht erforderlich.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, Abschlagsrechnungen nach Leistungsstand unter Zugrundelegung eines gesondert zu vereinbarenden Zahlungsplanes zu erstellen. Ferner ist der Auftragnehmer im Fall des § 12 Absatz 4 berechtigt, eine Abschlagsrechnung zu erstellen.

(3) Gegenüber fälligen Honoraransprüchen des Auftragnehmers kann der Auftraggeber nur mit einem unstreitigen, anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Zahlungsanspruch die Aufrechnung erklären. Dies gilt nicht hinsichtlich solcher Ansprüche des Auftraggebers, die mit dem Honoraranspruch in einem synallagmatischen Verhältnis stehen; letzteres trifft insbesondere auf die Werklohnforderung des Auftragnehmers und Forderungen des Auftraggebers, die aus dessen Anspruch auf mängelfreie Erfüllung abgeleitet werden, zu.

§ 14 Urheberrecht

Die Parteien sind sich darüber einig, dass die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen urheberrechtlich geschützt sind, soweit sie die notwendige Schöpfungshöhe haben und nicht nur auf der Umsetzung technischer Normen und Vorgaben beruhen. Hierzu vereinbaren die Parteien:

(1) Das Veröffentlichungsrecht hinsichtlich der Planung und des Bauwerks (z.B. durch Abdruck in Fachzeitschriften oder durch Aushängen in Ausstellungen) steht sowohl dem Auftraggeber als auch dem Auftragnehmer zu. Derartigen Veröffentlichungen kann die andere Vertragspartei nur aus wichtigem Grunde widersprechen. Bei Veröffentlichungen durch den Auftraggeber hat der Auftragnehmer Anspruch darauf, als Planverfasser namentlich genannt zu werden. Ist das Bauwerk abweichend von den Plänen des Auftragnehmers errichtet worden oder ist das Bauwerk nachträglich verändert worden, darf der Auftragnehmer bei Veröffentlichungen durch den Auftraggeber seiner namentlichen Erwähnung widersprechen.

(2) Ist das Bauwerk abweichend von den Plänen des Auftragnehmers errichtet worden oder ist das Bauwerk nachträglich ohne Einverständnis des Auftragnehmers verändert worden, darf dieser einer Kennzeichnung am Bauwerk (Tafel mit dem Namen des Auftragnehmers) widersprechen.

(3) Der Auftraggeber ist grundsätzlich berechtigt, das Bauwerk abweichend von den Plänen des Auftragnehmers zu errichten bzw. das Bauwerk nachträglich zu ändern. Er muss die Änderungsabsicht aber dem Auftragnehmer gegenüber rechtzeitig ankündigen und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

(4) Ein Vervielfältigungsrecht wird auf den Auftraggeber nicht übertragen. Er darf das Bauvorhaben also nicht in (nahezu) identischer Weise wiederholen. Unzulässig sind auch solche Werkvervielfältigungen, die zwar Abweichungen aufweisen, aber aufgrund der verbleibenden Übereinstimmungen der eigenschöpferischen charakteristischen Elemente zu einem übereinstimmenden geistig-ästhetischen Gesamteindruck führen.

(5) Endet der Auftrag des Auftragnehmers vor Vollendung des Bauwerks, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber das Nutzungsrecht (Nachbaurecht) einzuräumen, um ihm die Fertigstellung des Bauwerks zu ermöglichen.

(6) Ein gesonderter Honoraranspruch für die Übertragung der Nutzungsrechte steht dem Auftragnehmer nicht zu.

(7) Die unveräußerlichen Urheberpersönlichkeitsrechte sind von den vorstehenden Regelungen nicht berührt.

§ 15 Dokumentation des Planungs- und Bauablaufs

(1) Der Auftragnehmer erstellt mindestens monatliche Berichte, mit denen er den Bearbeitungsstand schriftlich dokumentiert und zusammenfasst. Dabei ist insbesondere darzustellen, wie sich der erreichte Bearbeitungsstand zu den vereinbarten und gegebenenfalls fortgeschriebenen Planungs- und Überwachungszielen (§ 650p BGB, §§ 1 Abs. 3; 4 dieses Vertrages) verhält.

(2) Dem schriftlichen Bericht sind mindestens folgende Unterlagen beizufügen, soweit diese Unterlagen dem Auftraggeber nicht bereits zuvor übergeben worden sind:

a) Die in der jeweiligen Leistungsphase zu erbringende Kostenermittlung;

- b) Hinsichtlich der Leistungsphasen 3–5 nach § 39 HOAI: Planlisten; die entsprechenden Pläne sind auf Verlangen des Auftraggebers ebenfalls zu übergeben;
- c) Hinsichtlich der Leistungsphase 6 nach § 39 HOAI: Eine Aufstellung der vom Auftragnehmer erstellten Leistungsbeschreibungen/Leistungsverzeichnisse sowie der Vergabeunterlagen; auf Verlangen des Auftraggebers sind die Leistungsbeschreibungen/Leistungsverzeichnisse und Vergabeunterlagen selbst ebenfalls vorzulegen;
- d) Hinsichtlich der Leistungsphase 7 nach § 39 HOAI: Der Preisspiegel sowie eine Aufstellung der vom Auftragnehmer eingeholten Angebote; auf Verlangen des Auftraggebers sind die eingeholten Angebote ebenfalls vorzulegen;
- e) Hinsichtlich der Leistungsphase 8 nach § 39 HOAI: Die systematische Zusammenstellung der zeichnerischen Darstellungen und rechnerischen Ergebnisse des Objektes, die Auflistung der Gewährleistungsfristen sowie (auf Verlangen des Auftraggebers) die Dokumentation des Bauablaufs (z.B. Bautagebuch), ferner eine Aufstellung, aus der sich die vom Auftragnehmer erstellten Terminpläne, die gemeinsam mit den ausführenden Firmen durchgeführten Aufmaße und Abnahmen, sowie die behördlichen Abnahmen ergeben müssen; auf Verlangen des Auftraggebers sind auch die entsprechenden Unterlagen selbst vorzulegen; zu übergeben ist außerdem eine Übersicht über den Schriftverkehr mit den ausführenden Firmen, soweit dieser die von den Firmen einzuhaltenden Termine (also z.B. Mahnungen, Behinderungsanzeigen, Reaktionen auf Behinderungsanzeigen etc.), die Qualität der erbrachten Bauleistungen (also z.B. Mängelrügeschreiben, Bedenkenanmeldungen, Reaktionen auf Mängelrügeschreiben bzw. Bedenkenanmeldungen) bzw. den Umfang der von den Firmen zu erbringenden Leistungen (also z.B. Nachtragsangebote, Nachtragsvereinbarungen) betrifft; auf Verlangen des Auftraggebers sind auch die entsprechenden Unterlagen selbst zu übergeben.
- f) Hinsichtlich der Leistungsphase 9 nach § 39 HOAI: Eine Aufstellung, aus der sich die durchgeführten Objektbegehungen sowie die Freigaben von Sicherheitsleistungen ergeben müssen; auf Verlangen des Auftraggebers sind die der Aufstellung entsprechenden Unterlagen ebenfalls vorzulegen.

(3) Der Auftragnehmer darf für seine weiteren Planungen davon ausgehen, dass der durch seinen schriftlichen Bericht dokumentierte Projektstand mit dem Auftraggeber abgestimmt ist, sofern dieser nicht innerhalb einer Frist von drei Werktagen, gerechnet ab Zugang des Berichts (einschließlich der Anlagen), mindestens in Textform (§ 126b BGB) widerspricht. Diese Frist ist auf das berechnete, mindestens in Textform (§ 126b BGB) geäußerte Verlangen des Auftraggebers angemessen – maximal auf 12 Werktagen – zu verlängern, sofern aus nicht vom Auftraggeber selbst zu vertretenden Gründen eine schnellere Prüfung nicht möglich ist.

(4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an den vom Auftraggeber oder von anderen Planungsbeteiligten oder den beauftragten Fachfirmen anberaumten Bau-, Planungs- und Koordinationsbesprechungen teilzunehmen. Er hat den Auftraggeber über von anderen Projektbeteiligten anberaumte Besprechungen zu informieren und auf dessen Verlangen darüber Niederschriften in einem dem Besprechungsinhalt angemessenen Umfang anzufertigen und diese dem Auftraggeber unverzüglich zu übermitteln.

(5) Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, den Auftraggeber über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Angelegenheiten unverzüglich schriftlich zu unterrichten. Diese Pflicht erlischt nicht mit der Vertragsbeendigung.

(6) Der Auftragnehmer hat die von ihm angefertigten zeichnerischen Unterlagen bis zur Freigabe durch den Auftraggeber als »Vorabzug« zu kennzeichnen. Die vom Auftraggeber freigegebenen zeichnerischen Unterlagen hat der Auftragnehmer als »Entwurfsverfasser« oder »Planverfasser«, die übrigen Unterlagen als »Verfasser« zu unterzeichnen.

§ 16 Unterlagen

(1) Vor Vertragsbeendigung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle Unterlagen zu übergeben, die für die Fortsetzung des Bauvorhabens bzw. die Bewirtschaftung des Objektes erforderlich sind.

(2) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Unterlagen in digitalisierter Form zu übergeben. Pläne sind dem Auftraggeber jeweils dreifach auf Papier und digital als CAD-Datei (dwg- oder dxf-Format) zur Verfügung zu stellen.

(3) Gegenüber dem Anspruch des Auftraggebers auf Übergabe von Unterlagen steht dem Auftragnehmer ein Zurückbehaltungsrecht nicht zu, soweit er noch Leistungen nach diesem Vertrag zu erbringen hat und hinsichtlich dieser Leistungen seine Vorleistungspflicht besteht.

(4) Soweit Unterlagen nicht an den Auftraggeber herauszugeben sind, ist der Auftragnehmer berechtigt, diese Unterlagen 10 Jahre nach vollständiger Leistungserbringung zu vernichten.

§ 17 Abnahme

(1) Nach vollständiger Leistungserbringung hat der Auftragnehmer Anspruch auf eine förmliche Abnahme.

(2) Der Auftragnehmer hat Anspruch auf eine Teilabnahme nach Abschluss der Leistungsphase 8. Im Übrigen steht dem Auftragnehmer kein Anspruch auf Teilabnahmen zu.

§ 18 Haftung, Versicherung und Verjährung

(1) Die Haftung des Auftragnehmers ergibt sich aus den gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung durch Hinreichung einer Versicherungsbestätigung nachzuweisen. Die Deckungssummen dieser Versicherungen müssen mindestens betragen:

- Für Personenschäden: mindestens 0,6 Mio EUR
- Für sonstige Sach- und Vermögensschäden: mindestens 0,2 Mio EUR

(3) Sämtliche Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer verjähren, ebenso wie sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber, innerhalb der gesetzlichen Fristen.

§ 19 Vorzeitige Vertragsbeendigung

(1) Auftragnehmer und Auftraggeber sind zur Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grunde berechtigt (§ 648a BGB). Das Recht des Auftraggebers zur ordentlichen Vertragskündigung sowie gegebenenfalls das Sonderkündigungsrecht beider Vertragsparteien nach § 650r BGB bleiben daneben unberührt.

(2) Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt für den Auftraggeber insbesondere dann vor, wenn

- er seine Bauabsicht für das geplante Objekt nachhaltig aufgegeben hat;
- das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände erheblich gestört ist oder andere Umstände vorliegen, auf Grund derer ein Festhalten des Auftraggebers am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann;
- der Auftragnehmer seine Zahlungen eingestellt hat, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt hat oder die Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers aus anderen Gründen so beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen in seine Fähigkeit zur vertragsgerechten Erfüllung nicht mehr besteht.

(3) Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Auftragnehmer liegt insbesondere dann vor, wenn

- der Auftraggeber eine ihm obliegende Leistung unterlässt und dadurch der Auftragnehmer wesentlich behindert ist, seine Leistung vertragsgemäß auszuführen;
- der Auftraggeber mit einer fälligen Zahlung oder auf andere Weise mit einer erheblichen Vertragspflicht in Verzug gerät;
- das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien aus anderen, nach Vertragsschluss eingetretenen Gründen so erheblich gestört ist, dass dem Auftragnehmer ein Festhalten an dem Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann.

(4) Sowohl die vom Auftraggeber als auch die vom Auftragnehmer erklärte Kündigung bedarf der Schriftform (§ 650h BGB). Die Kündigung aus wichtigem Grunde ist erst zulässig, wenn der kündigende Vertragspartner dem anderen Vertragspartner zuvor ohne Erfolg schriftlich eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde. Das gilt nicht, wenn der Vertragspartner die Vertragserfüllung schon zuvor endgültig und ernsthaft verweigert hat, so dass eine Fristsetzung eine sinnlose Förmlichkeit darstellen würde.

(5) Angemessen im Sinne von § 648a BGB i.V.m. § 314 Abs. 3 BGB ist in der Regel eine Frist von 14 Tagen.

(6) Im Falle der ordentlichen Vertragskündigung durch den Auftraggeber sowie im Falle der einvernehmlichen Vertragsaufhebung (ohne dass die Vertragsaufhebung aus einem vom Auftragnehmer zu vertretenden Grunde veranlasst worden wäre) behält der Auftragnehmer den Anspruch auf das vertragliche Honorar auch für die infolge der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr erbrachten Leistungen. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart, sowie außerdem auch dasjenige, was er durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (»anderweitiger Erwerb«). Dies gilt auch im Falle einer Kündigung bzw. einvernehmlichen Vertragsaufhebung aus einem wichtigen, aber nicht vom Auftragnehmer zu vertretenden Grund durch den Auftraggeber. Die ersparten Aufwendungen werden mit 40% des Honorars der noch nicht erbrachten Leistungen festgelegt, sofern nicht der Auftraggeber höhere oder der Auftragnehmer geringere Ersparnisse nachweist. »Anderweitiger Erwerb« ist von der vorstehenden Pauschalierung nicht mit umfasst und daher in jedem Fall konkret darzulegen.

(7) Macht der Auftragnehmer nach einer von ihm ausgesprochenen Kündigung aus wichtigem Grunde (§ 648a BGB) Schadensersatz geltend (§ 648a Abs. 6 BGB), gilt für die Berechnung des Schadensersatzanspruchs Abs. 6 entsprechend.

(8) Im Falle einer Vertragsbeendigung auf Grund einer vom Auftraggeber ausgesprochenen Kündigung aus einem wichtigen oder vom Auftragnehmer zu vertretenden Grund hat der Auftragnehmer lediglich Anspruch auf Vergütung der bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Leistungen.

§ 20 Streitbeilegung; Gerichtsstand

(1) Entstehen bei der Durchführung und Abwicklung dieses Vertrages Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspartnern, werden die Parteien zunächst versuchen, den Streit auf gutlichem Wege beizulegen. Streitfragen berechtigen die Parteien nur insoweit, ihre Mitwirkung an der Vertragserfüllung einzustellen, als ihnen auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Vorschriften ein Zurückbehaltungsrecht zusteht.

(2) Sofern die Voraussetzungen einer Gerichtsstandsvereinbarung nach § 38 Abs. 1 Satz 2 ZPO vorliegen, ist Wahlgerichtsstand auch der Ort, an dem die tatsächlichen Bauleistungen im Schwerpunkt ausgeführt werden.

§ 21 Schlussbestimmungen

(1) Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

(2) Sollten Bestimmungen dieses Vertrages, eine künftig in ihn aufgenommene Bestimmung oder ein wesentlicher Teil dieses Vertrags ganz oder teilweise nichtig, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte dieser Vertrag lückenhaft sein, so soll dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berühren. Anstelle der nichtigen oder unwirksamen Bestimmung werden die Parteien in diesem Falle eine wirksame Bestimmung vereinbaren, die

dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung, insbesondere dem, was die Parteien wirtschaftlich beabsichtigt hatten, entspricht oder ihm am nächsten kommt. Im Falle von Lücken werden die Parteien eine Vertragsergänzung vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätten die Vertragsparteien die Angelegenheit von vorneherein bei Abschluss des Vertrages bedacht.

Anlage 1: Dokumentation zur Abgabe von Unterlagen nach Schlussrechnung

1. Schlussrechnung

- geprüfte Schlussrechnungen aller Gewerke (1-fach) mit Massen- und Mengenangaben (1-fach)
- Aufmaßblätter Originale (keine Durchschläge) 1-fach
- Aufmaßskizzen Originale 1-fach
- Sämtliche Lieferscheine, Kontrollprüfungen, Eignungsprüfungen, Eigenüberwachungen der Lieferwerke, Plattendruckversuche, Herstellerbescheinigung usw.
- Bautagebuch Originale (mit Unterschriften)
- Bauprotokolle/wichtige Vermerke zum Bauablauf)
- Ausweisung Sicherheitseinbehalt bzw. Bürgschaftshöhe zur Sicherung von Mängelansprüchen
- Ggf. (wenn ausgeschrieben bzw. beauftragt) Bestandsplan in Papier- und digitaler Form
- Fachunternehmererklärung, Entsorgungsnachweise

2. Dokumentation zur Schlussrechnung

- Abnahmeprotokolle (vollständig unterschrieben/Originale)
- Vermerke über eventuelle Mängelbeseitigung vor/während der Abnahme
- Fotodokumentation Alt/Neu
- Nachträge mit Angebotsschreiben (Begründung der Notwendigkeit der Nachträge) inkl. Kalkulationsblatt, wenn Positionen außerhalb des Hauptauftrages, inkl. Lieferantenangebot bei Lieferpositionen
- Soll – Ist Kosten/Mengenvergleich und Begründung bei Abweichungen + 10%
- Aufteilung von Kosten auf verschiedene Bauabschnitte, unterschiedliche Auftraggeber, Eigentümer
- Flächenangaben (Gesamtfläche, davon unbefestigt, davon befestigt)
- Baubeginn- und Fertigstellungsanzeige

3. Honorarschlussrechnung

immer kumulativ und inklusive Lph 9 (wenn Lph 9 beauftragt) – es erfolgt Sicherheitseinbehalt oder ggf. Bürgschaftssicherung)

4. weitere Unterlagen (falls noch nicht übergeben)

- Ausschreibungsunterlagen
- Veröffentlichung/Art der Vergabe (Nachweis der öffentlichen Ausschreibung)
- Submissionsprotokoll
- Vergabevermerk/-vorschlag/-entscheidung
- Preisspiegel
- Angebot des besten Bieters (Original) einschließlich vereinbarter bzw. in Bezug genommener Allgemeiner Geschäftsbedingungen, Allgemeiner Lieferbedingungen o.ä.
- Sachbericht mit folgendem Inhalt:
 - Ausschreibung/Vergabe/Unternehmen (Besonderheiten wie z.B. Abweichungen von VOB, Vergabe an Zweitplatzierten, Insolvenzen, Vertragskündigungen)
 - besondere Nebenleistungen (z.B. Beweissicherung/ Si-Ge-Ko)
 - Nachtragsvereinbarungen (Begründung ihrer Erfordernisse)
 - Abweichung der Baudurchführung gegenüber Entwurf (mit Begründung)
 - Baubeginn/-ende (Begründung Unterbrechung/Bauzeitverlängerung)
 - Bauabnahme (besondere Mängel/ Probleme Innutzunahme etc.)